



Die
verfassungsmäßige Staatseinheit

der
Herzogthümer Schleswig-Holstein.



Frankfurt am Main,
Druck von C. Krebs & Schmitt.
1849.



Inhalt.

	Seite
Einleitung	5
I. Die Verbindung der Herzogthümer vor 1460	7
II. Die Gründung der Staatseinheit im Jahre 1460	9
III. „Daß sie bleiben ewig zusammen ungetheilt“	11
IV. Einheit der fürstlichen Gewalt	16
V. Einheit der Administration	17
VI. Einheit der Volksvertretung und des Staatsbürgerrechts	22
VII. Einheit des Gerichtswesens	26
VIII. Lehnverhältniß. Einheit des ganzen öffentlichen Rechts	27

Inhalt

1	Einleitung
2	I. Die Geschichte der Stadt
3	II. Die Geschichte der Stadt
4	III. Die Geschichte der Stadt
5	IV. Die Geschichte der Stadt
6	V. Die Geschichte der Stadt
7	VI. Die Geschichte der Stadt
8	VII. Die Geschichte der Stadt
9	VIII. Die Geschichte der Stadt

Am 21. Januar 1848 starb König Christian VIII., ein Regent, dessen bedeutende Eigenschaften seinen Völkern verloren gingen, weil sein Wunsch die Herzogthümer Schleswig-Holstein mit dem Königreich Dänemark fester zu verbinden, als dies seit 4 Jahrhunderten der Fall gewesen war, und dieselben jenem unterzuordnen, — unter den beiden Völkern eine gegenseitige Erbitterung erregt hatte, welche alle übrigen Interessen absorbirte. Der einmüthige Widerstand aller Stände der ganzen Bevölkerung, welcher in Folge des offenen Briefes von 1846 hervortrat, ließ ihn die Gefahr erkennen, in welche er zugleich das Königreich Dänemark und die Herzogthümer Schleswig und Holstein gebracht hatte. Da beschloß er ein Werk der Versöhnung, indem er eine Constitution vorbereitete, welche, ähnlich der jetzigen österreichischen, nur gewisse allgemeine Gegenstände der Berathung der gemeinschaftlichen Versammlung zuwies, und ähnlich der früheren niederländischen eine Versammlung constituirte, welche zu gleichen Theilen aus Dänen und Schleswig-Holsteinern bestehen sollte.

Ob er jenes Werk der Versöhnung vollbracht haben würde, wir bezweifeln es. Jedenfalls ersparte ihm das Schicksal zu sehen, wohin seine Nachgiebigkeit gegen die dänischen Eroberungsgelüste führen mußte.

Als Christian VIII. starb, folgte Friedrich VII., und schon im dritten Monate seiner Regierung hielt er als Feind an der Spitze eines dänischen Heeres seinen Einzug in die Herzogthümer.

Zwei Thatfachen bezeichnen den kurzen Zeitraum seiner friedlichen Regierung.

Am 28. Januar 1848 erließ Friedrich VII. eine Königl. Urkunde, in der er eine Constitution verhiess und wörtlich hinzufügte:

„Diese Constitution, welche wir durch Unseren freien Willen gewähren, soll die zwischen den Herzogthümern Schleswig-Holstein bestehende Verbindung unberührt lassen.“

Am 24. März desselben Jahres erklärte Friedrich VII., nachdem ihn der Kopenhagener Pöbel gezwungen hatte sein Ministerium zu wechseln, die Verbindung der beiden Herzogthümer für aufgehoben. Schleswig sollte mit Dänemark dieselbe Constitution haben; Holstein eine besondere.

Die Herzogthümer betraten den Weg der Nothwehr und so tief fühlten sie ihr Recht und ihr Interesse verletzt, daß sich alle Stände, Adel, Bürger und Bauern einmüthig erhoben. Diese Erhebung war in dem ganzen Lande innerhalb drei Tagen ausgeführt und kostete keinen Tropfen Blutes.

Der Wunsch vereinigt zu bleiben, ließ die Herzogthümer früher einen dreißigjährigen Krieg aushalten, der nach dem Zeugniß König Christian I. von Dänemark sie „mit großem, jämmerlichem und verderblichem Mord, Raub, Brand zu Wasser und zu Lande“ erfüllte. Dasselbe Streben hat in dem vorigem Jahre und wird auch ferner die Herzogthümer nicht geringere Leiden ertragen lassen.

Die Darlegung der Verbindung beider Herzogthümer bildet den Gegenstand der folgenden Blätter. Dieselbe könnte überflüssig erscheinen, wenn nicht in zwei Schriften*) neuerdings auf dem Felde der Litteratur der nachträgliche Versuch gemacht wäre, eine Verbindung, welche seit vier Jahrhunderten bestanden hat und für die Hunderttausende bereit sind zu sterben, als eine Fabel zu behandeln.

*) E. F. Wegener: Ueber die unzertrennliche Verbindung Schleswig's mit Dänemark in staatsrechtlicher Beziehung. Copenh. 1848. Ein Wort des Rechts und der Verständigung in der Schleswig-Holsteinischen Frage. Mainz, 1849.

I.

Um die constitutionelle Vereinigung der Herzogthümer zu einer Staatseinheit im Jahre 1460 zu verstehen, bedarf es zunächst eines Blickes in die vorausgehenden Jahrhunderte, welche diese Vereinigung vorbereiteten. Es zeigen sich vorher drei Abstufungen, in denen sich das Streben nach einer constitutionellen Verbindung schärfer und schärfer gestaltete: die Zeit, wo dann Schleswig sich von Dänemark durch selbstständige Gestaltung seiner innern Verhältnisse wieder loszumachen suchte, die Zeit, wo es mit Holstein im Bunde gegen die Versuche dänischer Unterdrückung ankämpfte, und endlich die Zeit, wo es mit Holstein unter Einen Regenten trat, ohne indessen eine verfassungsmäßige Gemeinschaft mit demselben zu erwerben. Der erste Zeitraum schließt mit dem Tode Waldemar des Siegers im Jahre 1241. Die englischen, friesischen und sächsischen Urbewohner des Landes waren von den Dänen unterworfen, und erstere mit der dänischen zu einer Misch-Nationalität verwachsen, die beiden letzteren Stämme hatten die Reinheit ihrer Volksthümlichkeit bewahrt. Schleswig gewann eigene, wenn auch lehnsabhängige Fürsten, wie seine besondere Landesversammlung und sein besonderes Landgericht. Es war in dem Maaße schon aus dem Staatenverbände des erobernden Volkes getreten, daß selbst, wenn seine Herzöge auf kurze Zeit Könige von Dänemark wurden, die Verwaltung des Herzogthums von der des Königreichs vollkommen getrennt blieb. Die Selbstständigkeit, die Schleswig erlangt hatte, verursachte dann das Streben Dänemarks sie wieder in das alte Abhängigkeitsverhältniß zurückzuführen. Von da an das enge Bündniß seiner Herzöge mit den Holsteinischen Grafen, befestigt durch Verschwägerung. Mit dem Jahre 1242 beginnen diese gemeinschaftlichen Kriege der Schleswig-Holsteiner

gegen die Annäherungen Dänemarks, als Erich Pflugpfennig dem Herzog Abel zumuthete, sich mit ihm gegen Holstein zu verbinden. Diese Kriege dauerten fast ohne Unterbrechung anderthalb Jahrhunderte fort und führten Dänemark wiederholt in einen Zustand der Auflösung. Während dieser Zeit war wiederholt derselbe Regent über Schleswig und Holstein, indem bei Minderjährigkeiten in dem einen Lande die Fürsten des andern die Vormundschaft führten; so Herzog Abel über die Söhne des Grafen Adolph IV., diese wieder über die Söhne Abels, Gerhard der Große über den Herzog Waldemar. Es lag darin die natürliche Anbahnung einer baldigen näheren Verbindung, und in der That, als 1375 das Schleswig'sche Fürstenhaus mit dem Herzog Heinrich ausstarb, folgte in Schleswig in Folge des Ripener Vertrags von 1330 das Holstein'sche Grafenhaus, und es trat das Verhältniß einer Personalunion ein, welches von Dänemark selbst 1286 feierlichst anerkannt wurde.

Diese Personalunion wurde durch die unausgesetzten Versuche Dänemarks, Schleswig von Holstein abzureißen und es in die frühere Unterwürfigkeit zurückzuführen, nur gekräftigt. In dem großen Schleswig'schen Kriege, der fast dreißig Jahre lang den ganzen Norden ergriff, wuchsen die beiden Länder durch die Größe der Gefahr fester und fester zusammen, und im Wordingburger Frieden von 1435 wurde von Dänemark schließlich noch einmal die Herrschaft des Holsteinischen Grafenhauses über Schleswig anerkannt. Indessen blieb es immer nur eine persönliche Verbindung der beiden Länder unter demselben Regenten. Getrennt blieben nicht nur die Landesversammlungen, sondern auch der Landrath. Aber schon zeigen sich hier wieder die Anfänge der bald eintretenden Staatsverbindung. Bei wichtigen Angelegenheiten treten die beiden Landrätthe und sogar die Landtage zusammen und berathen gemeinschaftlich. Ersteres geschah 1424, als die Gefahr eintrat, daß Kaiser Sigismund Schleswig Dä-

nemark zusprechen möchte. Die beiden Landtage beriethen zuerst 1397 gemeinschaftlich, als die Brüder Herzog Gerhard's die Theilung der Lande forderten. Wie sehr aber die beiden Länder sich schon als zu einander gehörend betrachteten, trat dann hervor, als die Gefahr der Auflösung ihrer bisherigen Personalunion mit dem Tode des Herzogs Adolph VIII. eintrat.

II.

Mit Adolph VIII. starb 1459 zugleich das bisherige gemeinschaftliche Herrscherhaus aus, und wenn es auch durch die erst vor 11 Jahren bestätigte Waldemarische Constitution vorgesehen war, daß Schleswig nicht wieder mit Dänemark vereinigt werde, so war doch Holstein auf eine Seitenlinie hingewiesen, der kein Recht auf Schleswig zustand, und die Schleswig kaum erwerben konnte. Es trat die Gefahr ein, daß es fortan ein selbstständiges Herzogthum Schleswig, ohne Verbindung mit Holstein gebe. Um das abzuwehren, verbanden sich die beiden Herzogthümer um so enger. Die Stände traten am 22. Januar 1460 in Neumünster in gemeinschaftlicher Berathung zusammen und legten sich das Recht bei, zwischen dem König Christian von Dänemark als Schwestersohn des Herzogs Adolph und den Schauenburger Agnaten den Erbfolgestreit zu entscheiden. Dann wählten die zusammengetretenen Landrätthe beider Länder gemeinschaftlich zu Ripen den König Christian I. zum Landesfürsten, nachdem sie sich vorher mit demselben über die künftige Verfassung der beiden Länder vereinbart hatten. In dieser Vereinbarung, auf welche die Herrschaft des mit Christian I. zur Regierung der Herzogthümer gelangten Oldenburgischen Hauses beruht, wurde am 6. März 1460 außer der ferneren vollkommenen Unabhängigkeit beider Herzogthümer von Dänemark ihre volle constitutionelle Vereinigung, sowohl im Principe festgesetzt, als im Einzelnen durchgeführt.

Dieser Grundvertrag wurde von Christian I. für sich und seine Nachkommen und außerdem von den dänischen Reichsräthen unterschrieben. Als dann der gemeinschaftliche Landtag dem neuen Regenten in Kiel die durch den Landrath geschehene Wahl bestätigte und die Huldigung leistete, mußte derselbe am 5. April desselben Jahres eine Zusagacte ausstellen, welche noch einzelne Punkte näher bestimmte. Wie die Hauptacte als die „Landesprivilegien“ wird die letztere als „tapfere Verbesserung der Privilegien“ bezeichnet.

Beide Urkunden bilden die Grundlage des Schleswig-Holstein'schen Staatsrechts. Der Umstand, daß ein ganz neues Fürstenhaus und zwar durch Wahl zur Regierung der Herzogthümer gelangte, daß der Gewählte aber zugleich die Krone des bisher feindlichen Nachbarlandes trug, führte damals zu einer Menge, die Rechte des Landes sichernden Bestimmungen, die zum größten Theil in dem Staatsgrundgesetz, welches sich die Herzogthümer 1848 gegeben haben, geblieben sind.

Jenen Urkunden reiht sich noch eine Dritte an, die sogenannte zweite Privilegien-Confirmation Friedrich I. von 1524. Während nämlich die Privilegien von 1460 von jedem Regenten beschworen und ohne Zusatz bestätigt wurden, lag im Jahre 1524 für Friedrich I. ein Grund vor, den letzten Ausbau der Verfassung vorzunehmen. Christian I. Söhne Johann und Friedrich I. führten in den Herzogthümern die Mitregentschaft; ersterer herrschte aber zugleich in Dänemark und den beiden anderen nordischen Reichen. Es folgte ihm in den drei Reichen und in der Mitregentschaft der Herzogthümer sein Sohn Christian II. Als ihn die Dänen absetzten, beriefen sie den Herzog Friedrich I. zum Könige. Es trat aufs Neue der Fall von 1460 ein; die Herzogthümer und Dänemark traten wieder unter ein einziges Haupt. Nochmals ließ daher der Landtag der Herzogthümer denselben ihre constitutionellen Rechte der Unabhängigkeit von

Dänemark und der staatlichen Verbindung zusichern und durch neue weiter gehende Bestimmungen befestigen. Dies geschah in der zweiten Privilegien-Confirmation Friedrich I. von 1524, welche gleichfalls bis auf die neueste Zeit von allen Fürsten bestätigt ist.

III.

Die Bestimmungen dieser Grundgesetze betreffen zum größten Theile die Verbindung der Herzogthümer, weil eben diese das wirklich Neue war, welches 1460 gestiftet wurde, und weil die beiden Herzogthümer in allen Punkten des öffentlichen Lebens zu Einem Gemeinwesen constitutionell verbunden wurden. Zugleich aber wurde diese Verbindung prinzipiell in ihrer ewigen Dauer ausgesprochen. Es geschah dieses durch jene bekannten Worte der Landesprivilegien:

„Diese vorbenannten Lande geloben wir nach allem unsern Vermögen in gutem Frieden zu halten und daß sie bleiben ewig zusammen ungetheilt.“

Obgleich dieser Satz in einer Reihe von Einzelbestimmungen näher ausgeführt ist, so ist er doch, wenn auch erst in den letzten 10 Jahren, den Angriffen der verschiedenen neueren Feinde dieser Verbindung ausgesetzt gewesen, und wir müssen hier schon uns zur Betrachtung einiger Auslegungen entschließen, welche ihm einen ganz anderen Inhalt beimessen wollen, als er für Jeden auf den ersten Blick hat. Der deutsche Verfasser der Schrift: „ein Wort des Rechts und der Verständigung in der Schleswig'schen Frage“ und mit ihm der dänische Historiograph Wegener sind der festen Ueberzeugung, daß man seit vier Jahrhunderten über diese Worte im Irrthum gewesen ist. Wegener sieht darin nur das Gelöbniß den Landfrieden aufrecht zu erhalten, und hat gewiß Recht, in so fern er die Worte „daß sie

bleiben ewig zusammen ungetheilt“ als nicht vorhanden betrachten sollte, denn im Uebrigen handelt die Stelle allerdings vom Landfrieden. Der erstere Verfasser aber sieht denn doch, daß man so leichten Kaufs nicht mit jenen bösen Worten fertig werden kann, und läßt zwischen drei Auslegungen die Wahl.

Erstens meint er, „Man könnte annehmen, daß bei dem Worte „ungeedeelt“ nicht an irgend eine staatsrechtliche Ungetheiltheit, sondern eine bürgerliche gedacht worden sey.“ Die Lande sollten ungetheilt, einig, nicht in Partheien gespalten seyn,“ sie sollten friedlich ungetheilt zusammenhalten. Also Christian I. verspricht danach für sich und seine Nachkommen, daß die Einwohner des Landes sich ewig untereinander lieben sollen. Gewiß eine sehr löbliche Intention!

Zweitens: „Man kann die Worte auf die Untheilbarkeit eines jeden der beiden Länder für sich beziehen.“ Danach soll also die Bestimmung: „daß die vorbenannten Lande bleiben ewig zusammen ungetheilt“ nur bedeuten, „daß jedes von ihnen ungetheilt bleiben soll,“ und dies wird bewiesen durch eine feine sprachliche Bemerkung. „Das Wort zusammen kann eine adjectivische Bedeutung gehabt haben, nämlich die beiden Lande zusammen, d. h. eines wie das andere sollen ungetheilt bleiben.“ Es ist schade, daß die deutsche Sprachkunde dabei nicht zugleich durch eine Anzahl von Citaten über diese adjectivische Bedeutung des „zusammen“ bereichert ist, welchen zufolge zusammen bedeutete: „jeder für sich besonders“, also das Gegentheil von dem, was es heute besagt, z. B. „die Lande sollen zusammen bleiben“, ist gleichbedeutend mit „sie sollen jedes für sich besonders bleiben.“

Eine dritte Auslegung, meint unser Sprachforscher, die man jenen Worten geben kann und die zugleich die allein richtige seyn möchte, ist die, „daß hier weder an eine Verbindung beider Länder mit einander, noch an eine Untheilbarkeit eines jeden desselben gedacht worden sey, sondern, daß hier unter den Landen die

Landschaften verstanden würden, d. h. die im Besitz der Prälaten und Ritter befindlichen Gebiete beider Länder.“ Wir wollen uns bei der neu entdeckten Bedeutung des Wortes „Landschaften“ nicht aufhalten.

Den Einwurf, daß dann ja auch nur diese Gebiete unter dem Landfrieden stehen sollten, nicht aber das ganze Land, entfernt der Verfasser dadurch, daß er die Sache umkehrt. Nicht diese Gebiete sollen unter dem Landfrieden stehen, sondern sie, d. h. natürlich ihre Besitzer sollen den Landfrieden achten. Diese Bestimmung war nämlich nothwendig, weil gerade von der Ritterschaft (und also auch von den Bischöfen) die Störung des Landfriedens zu besorgen war.

Ohne den Verfasser in dieser scharfsinnigen Untersuchung weiter zu verfolgen, wollen wir nur das Eine bemerken, daß er sich darauf einläßt zu fragen, ob denn die Grundstücke der Prälaten und die adelichen Güter, welchen er den Titel Landschaft gibt, in der Urkunde als „vorbenannte“ bezeichnet werden konnten. Es scheint hier den Verfasser sein Interpretationstalent im Stiche gelassen zu haben. In der That ist von diesen Gütern vorher nicht die Rede, dagegen kurz vorher von dem Herzogthum Schleswig und dem Land zu Holstein und Stormarn, wie denn gleich im Anfang Christian I. bekennet, daß ihm gehuldigt sey „nicht als einem Könige zu Dänemark, sondern als Herrn dieser vorgeschriebenen Lande.“ Wahrscheinlich wird der anonyme Verfasser hier gleichfalls unter vorgeschriebenen Landen nur die bischöflichen und adelichen Güter verstehen.

Dieses sind die in neuester Zeit gemachten Versuche, durch Interpretation nachträglich eine Staatsverbindung zu läugnen, welche seit 4 Jahrhunderten practisch bestanden hat. Die dabei angewandten verzweifelte Mittel, den Sinn der Worte: „daß sie ewig bleiben zusammen ungetheilt“ zu entstellen, können nur dazu dienen, ihn desto klarer hinzustellen. Dieselben enthalten

die grundgesetzliche Bestimmung der Untrennbarkeit und Untheilbarkeit der beiden Lande.

Und das ist auch in der That früher niemals verkannt worden, vielmehr lassen sich sehr zahlreiche Fälle ausdrücklicher und offizieller Anerkennung des Grundgesetzes der Untrennbarkeit der Herzogthümer, wie es in jenen Worten liegt, anführen. Es wird genügen, einige aus einer Zeit anzuführen, welche im Uebrigen den Landesrechten keinesweges günstig war, in welcher die beiden die Mitregentschaft führenden Linien sich nur darin einigten, die constitutionellen Rechte zu untergraben.

In dem Streite der beiden Linien hatte der König-Herzog Christian V. seinen Mitregenten Herzog Christian Albrecht der Mitregierung über die Herzogthümer entsetzt. Indessen galt das kaiserliche Ansehen doch noch soviel, daß in Betreff Holstein's es einige Schwierigkeiten zu haben schien, die gewaltsame Vertreibung eines Reichsfürsten auf die Dauer durchzuführen. Indessen Christian V. suchte unter Berufung auf das Fundamentalgesetz der Herzogthümer selbst für Holstein das Gessiren der kaiserlichen Cognition zu behaupten, „dieweile dieses durch die untereinander errichteten Unionen mit Schleswig inseparatili nexu verknüpft sey.“ Der Kaiser Leopold erkannte darauf in einem Rescript vom 23. Januar 1683 den Bestand dieser Verbindung der Herzogthümer an, so wie, daß diese Verbindung für ewige Zeiten geschlossen sey, und machte gegen die chicanöse Anwendung derselben nur geltend, daß diese Verbindung den Rechten des Reichs nicht nachtheilig seyn könne.

Zwei andere, noch speciellere Anerkennungen über das Verständniß der Landesprivilegien finden sich bald darauf. Als von der Gottorffischen Linie der Plan betrieben wurde die Mitregentschaft in eine Individualregentschaft zu verwandeln, und die Herzogthümer so zu theilen, daß die eine Linie Schleswig, die

andere Holstein erhalte, da antwortete man 1699 von Königlichem Seite *):

„Stehen doch die uralte, beschworenen Landesprivilegien beider Herzogthümer im Wege, vermöge deren dieselbe ewig zusammen, ungetrennt, auch dero Prälaten, Ritterschaft und Stätte ungetheilt oder unter gemeinschaftlicher Regierung verbleiben sollen.“

Und Gottorffscher Seits war man beschämt, daß das brabstichtige Attentat auf das Grundgesetz zur Deffentlichkeit gekommen sey, und suchte die öffentliche Meinung durch eine bestimmte und scharfe Anerkennung desselben zu versöhnen.

Man ließ erklären:**)

„Wir kommen aber nun ferner auf die Unionem ducatum, vermöge welcher beide Herzogthümer Schleswig und Holstein in Kraft verschiedener von Königen und Herzogen nach und nach ertheilten und ausgegangener, auch auf unterschiedlichen Landtagen zum öfteren confirmirter und bestätigter Privilegien ein corpus integrale bleiben, zu ewigen Tagen zusammen uniret und verbunden sein, selbige nicht von einander getrennt, noch das Herzogthum Schleswig etiam existente casu vacantiae (selbst nach Aussterben des Oldenburgischen Hauses) dem Königreich incorporirt werden, und der eine von den beiden regierenden Herren nicht etwa Herzog von Schleswig, noch der andere Herzog von Holstein seyn solle.“

Ich denke, daß diese von Königen von Dänemark und dem Gottorffschen Herzoge wie dem Kaiser gegebenen Erklärungen das Verständniß der Landesprivilegien und die etwas spät kom-

*) Rechtmäßige Ursachen, warumh Ihro Königl. Majestät zu Dänemark ic. das H. Herz. zu Holstein-Gottorf ic. das unbeschränkte freie Exercitium Juris Armorum etc. Nov. 1699.

**) Nochmalige und endliche Behauptung des freien unumschränkten Exercitii des Schlesw. Holst. Gottorpschen Juris Armorum. Jan. 1700.

menden Ansichten der beiden Interpreten von 1848 klar machen werden. Mit Uebergang späterer Zeugnisse soll nur noch hinzugefügt werden, daß selbst das so berühmte Bedenken der von Christian VIII. 1846 niedergesetzten dänischen Commission nicht zu läugnen wagte, daß im Jahr 1460 eine enge Verbindung der beiden Lande gegründet sey.

IV.

Die im Prinzip bestimmt und klar ausgesprochene, und mit dem Character ewiger Dauer bekleidete Vereinigung der beiden Lande wurde dann in den Landesprivilegien mit allen Zweigen des Staatswesens im Einzelnen durchgeführt.

Ein Fürst für immer, Eine Administration und Regierung, Eine Volksvertretung, Ein oberstes Gerichtswesen, Ein Bürgerrecht.

Die mit den Jahren 1375 eingetretene Vereinigung war nur eine zufällige Personalunion gewesen, geknüpft an die Existenz des damals regierenden Schauenburgischen Hauses. Dagegen wurde durch die Landesprivilegien für immer dieselbe Succession eingeführt.

Sie bestimmen, daß das Oldenburgische Haus, die Nachkommen Christian I. zu beiden Herzogthümern erberechtigt seyn sollen. Dasselbe ergab das für beide Herzogthümer geltende Lehnrecht. Beide waren Mannlehen. Für Holstein ist dieses von jeher unzweifelhaft gewesen, für Schleswig wurde es 1460 und dann später durch den Odenseer Vertrag von 1579 ausdrücklich anerkannt, so daß selbst die neuern dänischen Schriftsteller es nicht bestreiten. Demnach hatten die rechten Erben Christians I. als ersten Erwerbers auch nach dem Lehnrecht ein durch denselben Act begründetes Successionsrecht auf beide Herzogthümer.

Dann bestimmten die Landesprivilegien in Betreff der Erbfolgeordnung:

„Als wir nun aus freiem Willen zu diesen Landen von den vorbenannten Einwohnern gewählt sind, so mögen sie und ihre Nachkommen, so oft als diese Lande offen werden, ihre Wahl behalten, dann eines von unseren Kindern zu einem Herrn zu wählen, oder wenn der keines wäre, welches Gott abwende, einen von unsern rechten Erben zu wählen, der alsdann gewählt wird, wie vorbeschrieben steht, der soll seine Lehen von seinem Lehn Herrn fordern und empfangen, von dem sie zu Lehen gehen und thun, wie sich zu Recht gebührt.“

In der „Tapferen Verbesserung“ wurde nun auch, um die sofortige Wiederaufhebung der Personalunion mit Dänemark möglich zu machen, hinzugefügt: „daß, falls Christian I. oder seine Kinder und Erben nur Einen Sohn hinterlassen sollten und dieser König von Dänemark wäre, es dann freistehen solle außerhalb des Oldenburgischen Hauses eine Wahl zu treffen.“

So war die dynastische Untrennbarkeit der beiden Herzogthümer gegen eine Gefahr, wie sie 1459 eingetreten war, für immer gesichert.

Das Wahlrecht wurde später durch Familienstatute des Hauses und auf dem durch die Verfassung vorgezeichneten Wege aufgehoben. Im Jahr 1616 willigte auf das Andrängen der Mitregenten der Landtag ein, daß das „punctum electionis ad jus primo geniturae“ reducirt werde, und es trat demnach die neuere Form der Individualsuccession ein, welche die grundgesetzliche Untrennbarkeit in gleicher Weise schützte.

V.

Es wurde ferner durch die Landesprivilegien eine Einheit der Administration festgestellt. Der Däne unter den beiden oben

erwähnten Verfassern hat dieß ohne Weiteres und ohne den Inhalt der Landesprivilegien zu berücksichtigen geläugnet. Um so mehr wird die specielle Darlegung der Bestimmung derselben nothwendig.

Bis zum Jahre 1460 hatte jedes Land seinen eigenen Landrath, der mit dem Fürsten in Gemeinschaft die sämmtlichen Angelegenheiten des Landes berieth. Nur bei außerordentlichen Gelegenheiten traten der schleswigsche und holsteinische Landrath zusammen. Im Jahre 1460 wählten sie gemeinschaftlich Christian I. Die Landesprivilegien kennen keine Trennung mehr. — Der Landrath, ein ständischer Ausschuß bestand aus 24 Räten, welche meistens aus der Ritterschaft genommen waren. Ständige Mitglieder desselben waren die beiden Bischöfe von Schleswig und Lübeck, so wie der Drost und Marschall. Der Landrath bildete das höchste Regierungscollegium, gleich dem Reichsrathe in Dänemark und Schweden. Seine Stellung ist der eines heutigen constitutionellen Ministeriums sehr ähnlich. Denn alle allgemeine Angelegenheiten kamen in demselben zur Verathung. Nur in einer Beziehung war die Stellung des Landrathes begünstigter, als die eines Ministeriums. Er konnte nicht beliebig vom Fürsten entlassen werden. Dadurch aber erhielt das in verschiedenen Angelegenheiten ihm ertheilte Widerspruchsrecht eine absolute Bedeutung.

Der schleswig-holsteinische Landrath erhielt durch die Landesprivilegien eine Macht, wie sie kaum der Reichsrath in Dänemark hatte, und wie sich nirgends in deutschen Ländern fand. Es soll in dieser Hinsicht unterschieden werden, ob der Fürst im Lande anwesend, oder ob er abwesend ist. Ferner ist im Fall der Thronerledigung dem Landrathe eine besondere Macht eingeräumt. Im Fall der Herzog sich innerhalb des Landes aufhalten sollte, ist er in drei Beziehungen an die Zustimmung seiner Räte gebunden. Erstens wenn er einen Krieg beginnen will.

Nach den Landesprivilegien soll dieses nur vom Landrathe abhängen, nach der Tapsfern Verbesserung soll auch „die gemeine Mannschaft“: der Landtag, gefragt werden. Zweitens soll nach den Privilegien keine Steuer auferlegt werden, ohne freundliche Einwilligung und Zulassung, einträchtige Zustimmung aller Räthe und Mannschaft dieser Lande.“

Drittens soll die Verpfändung und Veräußerung von Gütern an die Fürstliche Gemahlin, das Leibgedinge und nach der Tapsfern Verbesserung jede Enteignung an die Einwilligung aller Räthe gebunden seyn. Unter denjenigen Angelegenheiten, worüber der Rath des Landraths besonders eingeholt werden soll, wird die Besetzung der Aemter in der Tapsfern Verbesserung besonders hervorgehoben, wenn nicht vielleicht die Worte nach „Rath unseres Rathes“ etwa zugleich ein Widerspruchsrecht einräumen sollten.

Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß das für die Steuerauslage dem Landrathe gegebene Recht ihm zugleich die Finanzverwaltung in die Hände gab. In der That stand, wie in anderen deutschen Staaten, der „Vegekasten“, der Staatsschatz, unter dem Mitverschluß des Landraths.

Viel wichtiger sollen die Rechte des Landrathes für den Fall der Abwesenheit des Fürsten seyn. Wir finden hier in den Landesprivilegien Bestimmungen getroffen, welche einzig und allein dem Verhältnisse entsprechen, welches durch die bloße Personalunion verschiedener Staaten entsteht. Jedes Volk hat ein Recht darauf, daß sein Fürst in seiner Mitte lebe, und wenn dieß durch die Umstände zur Ausnahme wird, so muß die Landesregierung wenigstens innerhalb Landes mit denjenigen Attributen bekleidet seyn, welche dem Fürsten selbst zukommen. Jede bedeutendere Macht, die dem Fürsten, welcher regelmäßig außerhalb Landes residirt, während seiner Abwesenheit bleibt, wird immer nur dazu führen, daß das Volk, in dessen Mitte er ge-

wöhnlich lebt, das bestimmende Moment für die Ausübung dieser Macht wird. Deshalb sind auch in dieser Beziehung in dem erneuerten Schleswig-Holsteinischen Grundgesetz von 1848 die wesentlichen Bestimmungen der Landesrechte aufgenommen. — Der Landrath erhält für den Fall der Abwesenheit des Fürsten in den wichtigsten Beziehungen die Vollmacht einer Regentschaft. Er ist dann bei seinen Handlungen nicht an die Instructionen des Herzogs gebunden, sondern dieser verspricht dieselben nachträglich zu ratificiren. Diese Bestimmung findet sich schon in den Landesprivilegien von 1460:

„Wenn Rätthe dieser Lande mit dem Drosten und Marschall zum Nutzen der Lande oder etlicher Gegenden etwas geböten, festsetzten, verfügten, oder mit den Nachbarn dieser Lande Friede schlossen, sollen und wollen wir alles stet und fest halten bis zu unserm Hinzukommen, und ferner uns verhalten in den Sachen nach Rath unserer Rätthe daselbst nach Gelegenheit der Sachen. Wir lassen auch das nun zu, und genehmigen es in Kraft dieses Briefes, also daß der Drost und Marschall oder unsere Rätthe diejenigen verfolgen und richten mögen, die dagegen handeln.“

Dabei ist noch gesagt, daß Drost und Marschall in Abwesenheit nach Ermessen handeln mögen. Letztere Bestimmung ist in der Confirmation Friedrich I. weggelassen, erstere dagegen so ausgedrückt:

„Was der Landdrost und Landmarschall mit unseren andern Rätthen, die sie dazu gebrauchen, diesen vorbeschriebenen Fürstenthümern zum Besten und zum Bestande am nützlichsten bedenken können, durch Vereinbarung, Einigkeit und Friede aufzurichten, Landfrieden zu gebieten, mit den Nachbarn zu verhandeln, was sie deshalb gebieten, verfügen und festsetzen, wenn es uns nicht zum Schaden und Nachtheil ist, stets festzuhalten. Wir lassen auch zu und bewilligen in Kraft dieses Briefes, daß der

Landdrost und Marschall und unsere Rätthe diejenigen verfolgen und richten mögen, die hiewider handeln."

Ebenso haben Drost, Marschall und Rätthe nach den Privilegien bei Störung des Friedens von innen oder außen die Vertheidigung des Landes zu leiten. Wenn der Herzog mit dem Tode abgehen sollte, so führt bis zum Regierungsantritt des Nachfolgers der Landrath die Regierung.

Wie der Landrath gemeinschaftlich, so ist der fürstliche Kanzler (er wird in der Tapfern Verbesserung der dudieschen Kanzler genannt) gemeinschaftlich.

Es bleibt nur noch übrig eine gegentheilige Ansicht über die 1460 geschaffene Gemeinschaft der obersten Administration der Herzogthümer zu erwähnen.

Wegener, der im vorigen Jahre, so weit wir wissen, zuerst den Satz aufgestellt hat, daß die Herzogthümer kein Recht auf eine gemeinschaftliche Administration hätten, beruft sich dafür nur darauf, "daß die Privilegien eine gesonderte Verwaltung mit einem Drosten an der Spitze für Schleswig, mit einem Marschall für Holstein &c. &c. bestimmten." Ueber den Inhalt dieses gewichtigen "2c. 2c." erhalten wir keine genauere Kunde, wenn nicht die gelegentlich vorkommende Behauptung, daß das nach 1460 vorkommende Amt des gemeinschaftlichen Kanzlers eine Verletzung der Privilegien gewesen sey, dieses 2c. 2c. ausfüllen soll. Ueber den Landrath schweigt er aber ganz und gar.

Was diesen Kanzler betrifft, so muß Wegener die "Tapfere Verbesserung" nicht gelesen oder geglaubt haben, daß seine Leser sie nicht lesen würden. In Betreff des Drosten und Marschalls hat es seine Richtigkeit. Aber die Unkenntniß Wegeners geht so weit, daß er annimmt, daß die Aemter eines Landdrosten und Marschalls damals eine administrative Natur hatten. Außer in den Fällen, wo sie in Gemeinschaft mit den übrigen Landrätthen handeln, wird ihnen in den Landesprivilegien nur Gerichtsbar-

keit, und zwar eine appellable, und wird ihnen bei Abwesenheit des Fürsten eine freie Thätigkeit zugewiesen. Es sind der Droft und Marschall im Wesentlichen Gerichtsbeamte.

Schließlich noch über die Veränderung, welche 1460 in Betreff der Landfolge eintrat:

Ein der Holsteinischen Ritterschaft 1442 gegebenes Privilegium ging dahin, daß sie nicht verpflichtet seyn solle über die Nordgrenze Holsteins hinaus den Rosßdienst zu leisten. Es würde dieses Privilegium im schärfsten Widerspruche gegen die 1460 geschaffene Vereinigung des Schleswigschen und Holsteinischen Staatswesens gestanden haben. Die Landesprivilegien bestimmten nur, daß Niemand mehr zur Landfolge außerhalb der Lande verpflichtet seyn solle und die Confirmation von 1524 wiederholt diese Bestimmung in noch bündigerer Form. Elbe und Königsau wurden die Grenzen der Landfolge. Es verdient der Erwähnung, daß Wegener an der Bestimmung von 1442 festhält und die von 1460 seinen Lesern verschweigt.

VI.

Es versteht sich, daß vor dem Jahre 1460 keine gemeinschaftliche Volksvertretung Statt fand. Aber wie die beiden Länder nicht im dynastischen Interesse, sondern durch die Macht der Volksinteressen zusammengeführt waren, so finden wir auch schon vor 1460 Beispiele gemeinschaftlicher Berathungen der Schleswig'schen und Holstein'schen Landstände. Die Nothwendigkeit der Verhältnisse durchbrach die Formen des damaligen Staatsrechts, bis dieses denselben selbst angepaßt wurde. So wurde 1397, als zwischen den Grafen Gerhard, Albrecht und Heinrich wegen des Besizes von Schleswig und der Erbfolge in Holstein ein Streit entstanden war, ein gemeinschaftlicher Landtag gehalten, auf dem die Untheilbarkeit Schleswigs festge-

setzt wurde. Als dann wieder 1459 die Erbfolge für beide Lande streitig wurde, traten ihre Stände zusammen und es ist seitdem kein gesonderter Schleswig'scher oder Holsteinischer Landtag wieder vorgekommen. Bestritten ist indeß in neuerer Zeit, ob diese Vereinigung der Volksvertretung in den Landesprivilegien von 1460 oder ob sie erst später festgesetzt ist. Die beiden oben genannten Schriftsteller haben sich für ihre Ansicht, daß die Gemeinschaftlichkeit der Volksvertretung keine grundgesetzliche Bestimmung sey auf die Tapfere Verbesserung berufen.

Das Sachverhältniß ist dieses:

In den Landesprivilegien wird zunächst den „Einwohnern dieser Lande“ für alle Zeiten das Wahlrecht unter den Nachkommen Christian I. eingeräumt. Es findet kein Zweifel darüber statt, daß nicht durch allgemeines Stimmrecht, sondern durch die Mannschaft, den Landtag, dieses Wahlrecht ausgeübt werden sollte, und daß es nicht durch getrennte Stände ausgeübt werden konnte. Und so hat denn auch, bis die Primogenitur eingeführt wurde, immer der gemeinschaftliche Landtag gewählt.

Ferner bestimmen die Landesprivilegien, daß keine Steuer auferlegt werden soll, „ohne freundlichen Willen, Zulassung und einträchtige Bewilligung aller Räthe und Mannschaft dieser Lande, geistlich und weltlich.“

Der Ausdruck Mannschaft ist die technische Bezeichnung der Landstände und ist hier in der Einheit gebraucht. Weitere Bestimmungen finden sich in den Landesprivilegien über die Rechte der Landstände nicht. Die Tapfere Verbesserung, welche auf dem gemeinschaftlichen Landtag zu Kiel vor der Huldigung Christian I. mit den Ständen vereinbart wurde, hat zwei fernere Bestimmungen. Die erste lautet:

„Erstens sollen wir oder unsere Nachkommen keinen Krieg anfangen, ohne Rath und Bewilligung unserer Räthe und gemeiner Mannschaft vorbenannter Lande.“

Schon diese Bestimmung, in Verbindung damit, daß nach 1460 keine gesonderten Landtage gehalten worden sind, hätte vor der Ansicht schügen sollen, als ob die zweite Bestimmung der Tapfern Verbesserung die Landstände in den drei obengedachten Beziehungen sondere. Diese zweite Bestimmung lautet:

„Auch wollen wir und unsere Nachkommen alle Jahr einmal die Mannschaft aus dem Lande Holstein nach dem Markte zu Bornhövede vorladen, und desgleichen in dem Herzogthum zu Urnhovede, so wir unverhindert sind, und wie wir denn solches Hindernisses entledigt werden, sollen wir denn solches vornehmen, sobald wir am ersten können, um daselbst die Stücke und Sachen zu verscheiden, welche die Ritterschaft und Mannschaft dann zu verscheiden hat.“

Diese Bestimmung bezieht sich nur auf die uralte richterliche Natur der Landesversammlungen zu Urnhovede und Bornhöft. Die alten Landtage waren zugleich Gerichtsversammlungen für Acte der Privilegien und selbst der streitigen Gerichtsbarkeit. Sie waren das höchste Gericht für die Mitglieder des Landtages und auf ihnen wurden die Auflassungen, oder wie sie in Schleswig heißen, Schötungen vorgenommen. Eine Reihe interessanter Urkunden über die alte Landesversammlung hat in dieser Hinsicht Michelsen mitgetheilt. Auch noch bis ins 17. Jahrhundert hinein bewahrten die Landtage diesen richterlichen Charakter.

Daß nun die angeführte Bestimmung keinesweges die Volksvertretung trennt, sondern nur die frühere Sonderung der großen Landesgerichte fortbestehen läßt und ihre regelmäßige Abhaltung anordnet, ergibt sich nicht nur aus dem schon Angeführten, und dem Ausdruck „Stücke und Sachen zur verscheiden“, sondern noch unzweifelhafter aus der entsprechenden Bestimmung der Confirmation Friedrich I. von 1524, durch welche die bisherige Sonderung dieser Gerichtsversammlungen aufgehoben wurde.

Sie lautet:

„Man soll auch jährlich zwei gemeine Landtage ausschreiben, acht Tage nach Ostern im Fürstenthum Schleswig in Flensburg, und acht Tage nach Michaelis im Fürstenthum Holstein in Kiel, und allda alle und jede Sachen verhören und rechtlich entscheiden.“

Wegener scheint neben anderen diese Bestimmung ganz vorborgen geblieben zu seyn, denn er meint, die Zusammenberufung späterer gemeinschaftlicher Landtage habe auf einer schlechten und gesetzwidrigen Praxis beruht. Der andere Verfasser datirt die gesetzmäßige Gemeinschaftlichkeit der Landtage von dieser Bestimmung. Die obigen Bemerkungen und nur der Wortlaut werden genügen, um zu zeigen, daß nur von den Landtagen in ihrer judiciellen Thätigkeit die Rede ist. Von dieser handelt die Confirmation übrigens auch noch in anderer Beziehung, wovon sogleich die Rede seyn wird. Wollte man in dieser Confirmation die Begründung der Freiheit der Landstände finden, so hätte man sie in der Bestimmung derselben suchen sollen, daß keinem Landeseinwohner weder eine directe noch indirecte Steuer (in dieser Hinsicht werden die Landesprivilegien erweitert) auferlegt werden solle „ohne Einwilligung der gemeinen Mannschaft.“

Schließlich soll hier noch bemerkt werden, daß wie schon die Landesprivilegien von 1460 die Einheit der Landstände anordneten, dieselben gleichfalls ein gemeinschaftliches Indigenat einführten.

Es heißt in demselben:

„Wir sollen und wollen zu unseren Amtleuten als Drost, Marschall, Schenk, Küchenmeister, Bögten und dergleichen in diesen Landen, Einwohner dieser Lande haben, und ihnen unsere Schlösser, Burgen und Lehen verleihen und keinem anderen.“

Die Tapfere Verbesserung erlaubt indeß, den deutschen Kanzler und dessen Secretär außerhalb der Einwohner dieser Lande zu nehmen.

Die Confirmation Friedrich I. behält die Schlösser, Burgen und Lehen dem innerhalb dieses Landes geborenen Adel vor.

VII.

Die Einheit des Gerichtswesens mußte bei der Begründung der Verbindung der Herzogthümer insofern Bedenken erregen, als die beiden Länder damals verschiedene Gesetzgebungen hatten; Schleswig friesisches und altfütisches, Holstein in seinem größeren Theile sächsisches Recht. Daher ließ man das Gericht des Drostens und Marschalls für jedes Land besonders bestehen. Höchster Gerichtshof war indeß das Gericht des Landesherrn selbst. Nach den Landesprivilegien sollten seine Räthe die Beisitzer desselben seyn. Die Tapfere Verbesserung indeß hob diese Bestimmung auf und hält daran fest, daß der Landesherr jährlich auf den gesonderten Landesversammlungen Gericht halte.

Dagegen aber wurde durch die Tapfere Verbesserung für den Fall der Abwesenheit des Landesherrn ein gemeinschaftliches Gericht angeordnet.

Dieses Gericht soll aus 12 Personen bestehen, nämlich den Bischöfen von Schleswig und Lübeck und je fünf guten Männern aus Schleswig und aus Holstein.

Diese Bestimmung war durch die Appellationsverhältnisse verursacht. Für Schleswig ging früher die Appellation noch nach Dänemark; während der unausgesetzten Kriege mußten sie indeß außer Gebrauch gekommen seyn.

Die Landesprivilegien enthielten ein *privilegium de non evocando*, welches oft auch auf die Appellation verstanden worden ist und welches man auch damals wahrscheinlich darauf beziehen wollte. Für den Fall der Anwesenheit des Landesherrn, der zugleich König von Dänemark war, brauchte man kein besonderes Appellationsgericht, wohl dagegen im Fall der Abwesenheit.

Die Confirmation Friedrich I. ging aber in Betreff der Gemeinschaftlichkeit des Gerichtswesens weiter. Der Streit wegen der Appellation, welchen der Bordschholmer Vergleich unentschieden gelassen hatte, wurde durch dieselbe dahin erledigt, daß jede Appellation nach Dänemark aufgehoben wurde.

Es war durch die Erledigung dieses Streites zur Festsetzung eines gemeinschaftlichen Gerichtswesens mehr Raum gegeben.

Die Confirmation hebt nun zunächst die, schon etwas außer Gebrauch gekommenen Gerichtsversammlungen der beiden Herzogthümer auf; statt ihrer tritt der gemeinschaftliche Landtag ein.

Ferner wird festgesetzt, daß vor diesem Prälaten und Adel Recht nehmen sollen. Endlich soll die Appellation an denselben gehen *). So war auch dieser Theil des Staatswesens zur völligen Einheit geführt; daß daneben die Localgerichte bestehen blieben, versteht sich von selbst.

VIII.

Dies ist der Einheitsbau den die Grundgesetze des Landes aufführten. Auf diese Weise wurde dem Sage:

„daß sie bleiben ewig zusammen ungetheilt“

*) Die Confirmation läßt es zweifelhaft, ob die Appellation an den Landtag oder bloß an Prälaten, Räte und Ritterschaft gehen soll. An der einen Stelle sind letztere, an der andern Prälaten, Räte und Mannschaft genannt; für die vorliegende Frage ist die Entscheidung gleichgültig.

sein scharf bezeichnetes Verständniß und einen Inhalt gegeben, wie sie vor vierhundert Jahren und mehr noch heute das Bedürfniß und der Wille der Schleswiger und Holsteiner fordern:

- 1) Es soll für alle Zeiten die fürstliche Gewalt dieselbe seyn.
- 2) Es soll eine höchste Administration über beiden Herzogthümern seyn.
- 3) Die Volksrechte sollen von derselben Versammlung ausgeübt werden.
- 4) Es soll ein gemeinschaftliches Staatsbürgerrecht stattfinden.
- 5) Es soll ein höchstes Gericht seyn.

Alles zusammengefaßt: die beiden Herzogthümer sollen ein staatliches Gemeinwesen bilden.

Diesem entsprechend finden wir bald in allen Staatsurkunden, den völkerrechtlichen Verträgen und den Erlassen der Fürsten nicht mehr den Ausdruck: Herzogthümer Schleswig und Holstein, sondern Herzogthümer Schleswig-Holstein. Das Volk ging weiter. Bald hieß Schleswig: Ober-Holstein; Holstein: Unter-Holstein, und in Dänemark hat sich trotz aller Agitation, der in den letzten Jahren das bethörte Volk zur Beute geworden ist, der Name Holstein für die beiden Länder nicht ausrotten lassen. „Danst Holstener“ heißt noch heute der dänische Nordschleswiger bei seinen Nachbarn.

Nicht verschweigen wollen wir daneben Eine Beziehung, in der noch ein Unterschied zwischen Schleswig und Holstein blieb. Es war dieß das Lehnverhältniß. Schleswig war Lehn vom dänischen, Holstein vom deutschen Reich. Aber das Lehnverhältniß Schleswigs hatte seit der Herrschaft der Schauenburger nie eine Bedeutung gehabt, denn nicht das Land, sondern die Hoheit selbst wurde seit dem Lehnbriefe von 1440 zu Lehn gegeben. Selbst zum Lehnsdienste wurde jede Verpflichtung in Abrede

gestellt; ein Lehnsgerecht existirte nicht. Es war ein Lehn, wie ein ähnliches nur in den großen päpstlichen Lehen, wie England und Neapel, oder den großen deutschen: wie Ungarn und Dänemark selbst, gefunden wird. Daß aber überhaupt dieses nominelle Verhältniß fortbestehen blieb, findet in der Ansicht der Zeit, welche nur an die königliche Würde die Souveränität knüpfte, seine Erklärung.

Holstein's Verhältniß zu Deutschland war in rechtlicher Hinsicht, wenn auch nicht in factischer, strenger.

Die Landesprivilegien von 1460 mußten nicht allein von König Christian I. von Dänemark, sondern gleichfalls von den dänischen Reichsräthen mit unterschrieben werden. Jede Einwendung, die Dänemark gegen die volle Anwendung der Consequenzen erheben mochte, die sich aus der Verbindung Schleswig's mit einem deutschen Lande ergaben, wurden dadurch beseitigt.

Und so ist denn auch, bis Schleswig souverän wurde, von Dänemark nie eine Prätension gegen die 1460 gegründete, immer tiefer greifende Verbindung der Herzogthümer zu Einem Staate erhoben worden, und nur Eine Folge dürfte aus dem verschiedenen Lehnverhältniß herzuleiten seyn: daß Schleswig und Holstein nicht einen einfachen Namen als Ein Herzogthum erhielten, daß die Erinnerung blieb, daß es zwei Staaten gewesen waren.

Die constitutionellen, praktischen Einrichtungen von 1460 machten indeß die Herzogthümer sowohl thatsächlich als formell zu Einem Staate, und hier muß noch auf ein wichtiges formelles Verhältniß aufmerksam gemacht werden.

Die Grundgesetze geben zugleich ein durchaus gemeinschaftliches, öffentliches Recht in allen Beziehungen. Unter den zahlreichen Bestimmungen der Privilegien über alle öffentlichen Verhältnisse finden sich kaum einige wenige, welche sich nur auf Ein

Herzogthum beziehen. Alle übrigen dagegen sollten sowohl für das eine als das andere gelten.

Diesem entsprach es auch vollkommen, wenn das ganze öffentliche Recht der beiden Herzogthümer in einer und derselben Verfassungsurkunde niedergelegt wurde, wie dieß auch mit den ferneren grundgesetzlichen Bestimmungen geschehen ist.



